

Pressemitteilung

7. Oktober 2024

Keine Einrede der Verjährung durch die Kirche!

ECKIGER TISCH UND AKTIONSBÜNDNIS DER BETROFFENENINITIATIVEN APPELLIEREN AN DIE BISCHÖFE UND ORDENSBEREN DER KATHOLISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND UND STARTEN DAZU EINE PETITION.

Die Opfer brauchen endlich einen gangbaren Weg, um zu einer angemessenen Entschädigung zu gelangen, der den Maßstäben des deutschen Zivilrechts entspricht.

Die Katholische Kirche hat sexuellen Missbrauch an tausenden Kindern und Jugendlichen jahrzehntelang systematisch verheimlicht, die Täter geschützt, die Opfer ignoriert. Dieser Skandal wurde seit 2010 nach und nach öffentlich.

Seit 15 Jahren wird versucht, diese Verbrechen aufzuklären sowie Gründe und Ursachen zu identifizieren. Die Opfer warten ebenso lange darauf, dass ihnen ein Weg zu einer angemessenen Entschädigung eröffnet wird, bei der die Verbrechen, die an ihnen verübt wurden, ebenso berücksichtigt werden wie die Folgen, die das in ihrem Leben hatte.

Nachdem jahrelang lediglich symbolische sogenannte Anerkennungsleistungen durch kirchliche Gremien gewährt wurden, hat die Kirche 2021 eine Unabhängige Kommission eingesetzt, die sich zukünftig an den Vorgaben staatlicher Gerichte bei der Festsetzung der Höhe der Entschädigung orientieren soll. Zivilverfahren haben gezeigt, dass die Gerichte dafür Summen von mehreren hunderttausend Euro für angemessen halten.

Nun beruft sich die Kirche in Verfahren vor Zivilgerichten um ein angemessenes Schmerzensgeld auf Verjährung!

Juristen bezweifeln, ob dieses Vorgehen zulässig und moralisch zu rechtfertigen ist. Sie gehen von **rechtsmissbräuchlichem Verhalten** aus, auch weil die Kirche selbst für die späte Aufdeckung der Verbrechen verantwortlich ist und die Täter geschützt hat. Diese Frage muss aber erst in höheren Instanzen geklärt werden. Bis dahin vergehen Jahre. So lange ist der Weg für erfolgreiche Klagen auf Schmerzensgeld blockiert. Damit kalkuliert die Kirche und spielt auf Zeit. Und die Opfer werden immer älter.

Daher fordern wir von den deutschen Bischöfen und Ordensoberen: **Übernehmt Verantwortung für die Taten eurer Priester!**

- **Keine Einrede der Verjährung in Schmerzensgeldprozessen**
- **Setzt die 2019 von der interdisziplinären Arbeitsgruppe der DBK ausgehandelten Vorschläge für eine faire, transparente und außergerichtliche Entschädigung um.**
(https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/dossiers_2019/2019-09-24_Anerkennung-Empfehlungen-Unabhaengige_Arbeitsgruppe_10.09.2019-final.pdf)

Nur eine Minderheit der Betroffenen sieht sich in der Lage selbst zu klagen. Sie sind auf ein faires Verfahren angewiesen, wenn sie noch jemals in den Genuss eines Ausgleichs für das erlittene Unrecht kommen sollen.

Bei der Aufklärung der Verbrechen ist wichtig, dass der Umgang mit Tätern (und Täterinnen) und Betroffenen untersucht wird. Nur so können Strukturen identifiziert werden, die Missbrauch ermöglicht und erleichtert oder dessen Aufdeckung erschwert haben. Dies hilft auch den Betroffenen bei ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit dem erlittenen Unrecht.

Dieser Aufarbeitungsprozess verläuft zäh und schwierig, er zieht sich seit fünfzehn Jahren in die Länge, weil die Kirche versucht, den Prozess selbst in der Hand zu behalten. Die Politik lässt sie gewähren. Die Opfer stehen daneben und warten darauf, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

Anlässlich eines Treffens von Aufarbeitungskommissionen aus den deutschen Bistümern, an dem auch Betroffene und weitere Experten und Expertinnen am 7. und 8. Oktober 2024 in Frankfurt teilnehmen, ist eine Gruppe von Vertretern des Aktionsbündnisses nach Frankfurt gekommen, um für die Petition zu werben.

Anträge an die VBG stellen!

Dabei informiert Eckiger Tisch und das Aktionsbündnis die Teilnehmenden der Tagung auch über die bestehenden Möglichkeiten für Betroffene sexuellen Missbrauchs in kirchlichen Einrichtungen, von den staatlichen Unfallkassen und Berufsgenossenschaften finanzielle Leistungen zu erlangen.

Neben den überfälligen Schmerzensgeldzahlungen durch die Kirche kann das für viele Betroffene einen Weg öffnen, finanzielle Unterstützung für die Bewältigung der Folgen der an ihnen verübten Verbrechen zu erhalten.

Eckiger Tisch und das Aktionsbündnis ermutigen Betroffene, möglichst bald selbst eine Anzeige bei der für sie zuständigen Unfallkasse/VBG einzureichen, wenn sie als Schüler/in einer kirchlichen Schule oder als ehrenamtlich tätige Ministranten, Jugendgruppenleiter etc. in ihrer Kindheit und Jugend sexuelle Gewalt erfahren haben.

Für das Aktionsbündnis der Betroffeneninitiativen

Matthias Katsch
Geschäftsführer und Sprecher Eckiger Tisch